

STATUTEN

der

Radio Berner Oberland AG

Aktiengesellschaft mit Sitz in Interlaken

I. Firma, Sitz und Zweck

Art. 1

Firma, Sitz

Unter der Firma **Radio Berner Oberland AG** besteht mit Sitz in Interlaken eine Aktiengesellschaft gemäss den vorliegenden Statuten und den Bestimmungen der Art. 620 ff. des Schweizerischen Obligationenrechts.

Die Dauer der Gesellschaft ist unbeschränkt.

Art. 2

Zweck

Die Gesellschaft bezweckt den Aufbau, die Organisation, den Betrieb und die Finanzierung des Berner Oberländer Regionalradios.

Die Gesellschaft kann sich an anderen gleichartigen oder ähnlichen Unternehmungen beteiligen oder sich mit solchen zusammenschliessen und generell sämtliche Geschäfte eingehen und Verträge abschliessen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu fördern, oder direkt oder indirekt mit ihm in Zusammenhang stehen.

II. Aktienkapital, Aktien

Art. 3

Aktienkapital

Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt Fr. 235'000.-- (zweihundertfünfunddreissigtausend Franken).

Es ist eingeteilt in 2'350 auf den Namen lautende Aktien mit einem Nennwert von je Fr. 100.--, welche vollständig liberiert sind.

Art. 4

Aktien, Zertifikate

Anstelle einzelner Aktientitel kann die Gesellschaft Zertifikate über eine oder mehrere Aktien ausstellen. Aktien und Zertifikate sind durch zwei Mitglieder des Verwaltungsrates oder durch den einzigen Verwaltungsrat zu unterzeichnen. Auf dem Wege der Statutenrevision kann die Generalversammlung jederzeit Namenaktien in Inhaberaktien umwandeln oder umgekehrt. Sie ist ferner befugt, Aktien in solche von kleinerem Nennwert zu zerlegen und zu solchen von grösserem Nennwert zusammenzulegen.

Art. 5

Aktienbuch, Anerkennung der Aktionäre

Die Gesellschaft führt ein Aktienbuch, in welchem Aktionäre mit Namen, Nationalität, Adresse und Wohnort sowie Anzahl und Nummern der ihnen gehörenden Aktien eingetragen sind. Im Verhältnis zur Gesellschaft werden nur die im Aktienbuch eingetragenen Personen als Namenaktionäre anerkannt. Alle Rechte (Mitgliedschafts- und Vermögensrechte) aus den Namenaktien können gegenüber der Gesellschaft somit nur von den eingetragenen Aktionären geltend gemacht werden (Einheit der Aktienrechte). Der Besitz einer Aktie schliesst die Anerkennung der Gesellschaftsstatuten in sich.

Art. 6

Aktienübertragung / Vinkulierung

Zur Uebertragung von Namenaktien bedarf es der Uebergabe der Aktie sowie eines schriftlichen Indossamentes.

Die rechtsgültige Uebertragung bedarf ferner der Zustimmung des Verwaltungsrates. Die Genehmigung wird durch einen Vermerk auf den betreffenden Namenaktien oder Zertifikaten erteilt.

Die Zustimmung kann in folgenden Fällen verweigert werden:

- wenn der Erwerber nicht ausdrücklich erklärt, dass er die Aktien im eigenen Namen und auf eigene Rechnung erwirbt,
- wenn der Erwerber direkt oder indirekt in einem Konkurrenzverhältnis zur Gesellschaft steht,
- ohne Angabe von Gründen, wenn die Gesellschaft dem Veräusserer anbietet, die Aktien auf eigene Rechnung, für Rechnung anderer Aktionäre oder für Rechnung Dritter zum wirklichen Wert zu übernehmen.

Sind Aktien durch Erbgang, Erbteilung, eheliches Güterrecht oder Zwangsvollstreckung erworben worden, so kann die Gesellschaft das Gesuch um Zustimmung nur ablehnen, wenn sie dem Erwerber die Uebernahme der Aktien zum wirklichen Wert anbietet.

Der Erwerber kann verlangen, dass ein neutraler Sachverständiger den wirklichen Wert bestimmt. Lehnt der Erwerber das Uebernahmeangebot nicht innert eines Monats nach Kenntnis des wirklichen Wertes ab, so gilt es als angenommen.

Lehnt die Gesellschaft das Gesuch um Zustimmung zur Uebertragung von Aktien innert dreier Monate nach Erhalt nicht oder zu Unrecht ab, so gilt die Zustimmung als erteilt.

Art. 7

Bezugsrecht

Bei Kapitalerhöhungen ist das Bezugsrecht der Aktionäre an den neuen Aktien grundsätzlich im Rahmen ihres bisherigen Aktienbesitzes gegeben. Die Generalversammlung kann indessen aus wichtigen Gründen dieses Bezugsrecht aufheben, insbesondere um die Uebernahme von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligung von Arbeitnehmern an der Gesellschaft zu ermöglichen. Verzichten einzelne Aktionäre auf das ihnen zustehende Bezugsrecht, so richtet sich das Bezugsrecht der übrigen nach dem Verhältnis des bisherigen Aktienbesitzes der ausübenden Aktionäre zum Total der Aktien. Spitzen werden durch das Los zugeteilt.

III. Organisation der Gesellschaft

Art. 8

Organe

Die Organe der Gesellschaft sind:

- A. Die Generalversammlung
- B. Der Verwaltungsrat
- C. Die Revisionsstelle

A. Die Generalversammlung

Art. 9

Oberstes Organ der Gesellschaft ist die Generalversammlung.

Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres statt. Ausserordentliche Generalversammlungen werden nach Bedürfnis einberufen, in den vom Gesetz bestimmten Fällen und insbesondere wenn es der Verwaltungsrat oder die Revisionsstelle verlangt.

Ebenso können ein oder mehrere Aktionäre, die zusammen mindestens den zehnten Teil des Aktienkapitals vertreten, schriftlich unter Angabe des Zweckes die Einberufung verlangen.

Art. 10

Einberufung

Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat, nötigenfalls durch die Revisionsstelle unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Verhandlungsgegenstände einberufen.

Die Einladung an die Aktionäre erfolgt in der in Art. 29 für Mitteilungen an die Aktionäre vorgeschriebenen Art und Weise. Die Einladung muss mindestens 20 Tage vor der Generalversammlung erfolgen.

Die Traktanden und die Anträge des Verwaltungsrates sind in der Bekanntmachung anzugeben.

Bei der Einberufung der ordentlichen Generalversammlung ist ferner zu erwähnen, dass die Bilanz, der Anhang, die Erfolgsrechnung, der Jahresbericht und die Anträge über die Verwendung des Bilanzgewinnes sowie der Revisionsbericht am Sitz der Gesellschaft zur Einsicht der Aktionäre aufliegen.

Ueber Gegenstände, die nicht in der Einladung angekündigt worden sind, können Beschlüsse nicht gefasst werden, ausser über einen Antrag auf Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung oder auf Durchführung einer Sonderprüfung.

Die Generalversammlung findet in der Regel am Sitz der Gesellschaft statt. Der Verwaltungsrat ist jedoch befugt, einen anderen Sitzungsort zu bestimmen.

Art. 11

Befugnisse

Der Generalversammlung stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:

1. Festsetzung und Abänderung der Statuten,
2. Wahl und Abberufung des Verwaltungsrates und der Revisionsstelle,
3. Genehmigung des Jahresberichtes
4. Genehmigung der Jahresrechnung sowie Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes,
5. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates,
6. Beschlussfassung über alle anderen Gegenstände, die der Generalversammlung durch das Gesetz oder die Statuten vorbehalten sind oder ihr vom Verwaltungsrat zum Entscheid unterbreitet werden.

Art. 12

Stimmrecht, Vertretung

An der Generalversammlung gibt jede Aktie das Anrecht auf eine Stimme.

Ein Aktionär kann sich gestützt auf eine schriftliche Vollmacht durch einen andern Aktionär vertreten lassen. Vorbehalten bleibt die gesetzliche Vertretung. Ueber die Anerkennung der Vollmachten entscheiden die anwesenden Mitglieder des Verwaltungsrates.

Art. 13

Beschlussfassung

Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen, soweit nicht eine zwingende Bestimmung des Gesetzes oder der Statuten etwas anderes bestimmt, mit der absoluten Mehrheit der vertretenen Stimmen.

In einem zweiten Wahlgang entscheidet das relative Mehr. Bei Stimmgleichheit entscheidet bei Beschlüssen die Stimme des Vorsitzenden, bei Wahlen das Los.

In der Regel finden Abstimmungen und Wahlen offen statt; jedoch ist geheim abzustimmen und zu wählen, wenn dies von mindestens 1/10 der vertretenen Stimmen verlangt wird.

Art. 14

Erschwerung der Beschlussfassung

Folgende Beschlüsse der Generalversammlung bedürfen zu ihrer Gültigkeit mindestens 2/3 der vertretenen Stimmen und der absoluten Mehrheit der vertretenen Aktiennennwerte:

1. Aenderung des Gesellschaftszweckes,
2. Einführung von Stimmrechtsaktien,
3. Beschränkung der Uebertragbarkeit von Namenaktien,
4. Genehmigte oder bedingte Kapitalerhöhungen,
5. Kapitalerhöhung aus Eigenkapital gegen Sacheinlage oder Sachübernahme und die Gewährung von besonderen Vorteilen,
6. Einschränkung oder Aufhebung des Bezugsrechtes,
7. Verlegung des Sitzes der Gesellschaft,
8. Auflösung der Gesellschaft ohne Liquidation.

Art. 15

Leitung der Generalversammlung

Den Vorsitz der Generalversammlung führt der Präsident oder, bei dessen Verhinderung, ein anderes Mitglied des Verwaltungsrates.

Sollte kein Mitglied des Verwaltungsrates anwesend sein, so wählt die Versammlung einen Tagespräsidenten.

Der Vorsitzende bezeichnet den Protokollführer, der nicht Aktionär zu sein braucht, und die Stimmenzähler.

Das Protokoll hat folgendes festzuhalten:

1. Anzahl, Art, Nennwert und Kategorie der Aktien, die von den Aktionären, von den Organen, von unabhängigen Stimmrechtsvertretern und allenfalls von Depotvertretern vertreten werden,
2. die Beschlüsse und die Wahlergebnisse,
3. die Begehren um Auskunft und die darauf erteilten Antworten,
4. die von den Aktionären zu Protokoll gegebenen Erklärungen.

Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen.

B. Der Verwaltungsrat

Art. 16

Zahl und Amtsdauer der Mitglieder, Konstituierung

Der Verwaltungsrat besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern, welche von der Generalversammlung auf die Dauer von vier Jahren gewählt werden. Wiederwahl ist zulässig. Die Amtsdauer endet mit dem Tag der jeweiligen ordentlichen Generalversammlung. Werden während einer Amtsdauer Ersatzwahlen vorgenommen, so vollenden die Neugewählten die laufende Amtsdauer.

Ist an der Gesellschaft eine juristische Person oder eine Personengesellschaft beteiligt, so ist sie als solche nicht als Mitglied des Verwaltungsrates wählbar; dagegen können ihre Vertreter gewählt werden.

Der Verwaltungsrat konstituiert sich selbst.

Der Präsident des Verwaltungsrates bezeichnet den Protokollführer auf unbestimmte Zeit oder für einzelne Sitzungen. Der Protokollführer braucht nicht Mitglied des Verwaltungsrates oder Aktionär zu sein.

Art. 17

Einberufung / Protokoll

Der Verwaltungsrat versammelt sich auf Einladung des Präsidenten, oder bei dessen Verhinderung eines seiner Mitglieder so oft es die Geschäfte erfordern, jedoch mindestens einmal im Jahr. Jedes Mitglied kann schriftlich die Einberufung einer Sitzung verlangen unter Angabe des gewünschten Verhandlungsgegenstandes.

Ueber die Beschlüsse ist ein Protokoll zu führen, das vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist. Das Protokoll muss auch geführt werden, wenn der Verwaltungsrat nur aus einem Mitglied besteht.

Art. 18

Beschlussfassung

Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist.

Er fasst seine Beschlüsse und vollzieht seine Wahlen mit Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei Wahlen das Los.

Beschlüsse des Verwaltungsrates können auch schriftlich auf dem Zirkularweg oder per Telefax, Telegramm, Telex oder Electronic Mail gefasst werden, wenn alle Mitglieder des Verwaltungsrates an der Beschlussfassung teilnehmen und sofern nicht ein Mitglied mündliche Beratung verlangt. Die Zirkulationsbeschlüsse sind in das Protokoll des Verwaltungsrates aufzunehmen.

Art. 19

Befugnisse

Der Verwaltungsrat ist befugt, über alle Angelegenheiten Beschluss zu fassen, welche nicht von Gesetzes wegen oder durch die Statuten der Generalversammlung vorbehalten oder zugeteilt sind.

Im einzelnen hat er folgende unübertragbare und unentziehbare Aufgaben:

1. die Oberleitung der Gesellschaft und die Erteilung der nötigen Weisungen,
2. die Festlegung der Organisation,
3. die Ausgestaltung des Rechnungswesens, der Finanzkontrolle sowie der Finanzplanung, sofern diese für die Führung der Gesellschaft notwendig ist,
4. die Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung betrauten Personen,
5. die Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen,
6. die Erstellung des Geschäftsberichtes sowie die Vorbereitung der Generalversammlung und die Ausführung ihrer Beschlüsse,
7. die Benachrichtigung des Richters im Falle der Ueberschuldung.

Der Verwaltungsrat kann die Vorbereitung und Ausführung seiner Beschlüsse oder die Ueberwachung von Geschäften Ausschüssen oder einzelnen Mitgliedern zuweisen. Er hat für eine angemessene Berichterstattung an seine Mitglieder zu sorgen.

Art. 20

Geschäftsführung

Der Verwaltungsrat ist berechtigt, die Geschäftsführung oder einzelne Zweige derselben sowie die Vertretung der Gesellschaft nach Massgabe eines Organisationsreglementes ganz oder teilweise an einzelne seiner Mitglieder (Delegierte) oder auf Dritte (Direktoren/Geschäftsleiter, Prokuristen oder Bevollmächtigte) zu übertragen.

Mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrates muss jedoch zur Vertretung der Gesellschaft befugt sein.

C. Die Revisionsstelle

Art.21

Zahl und Amtsdauer

Die Generalversammlung hat einen oder mehrere Revisoren als Revisionsstelle zu wählen, welche nicht Aktionäre zu sein brauchen. Sie dürfen nicht Mitglieder des Verwaltungsrates oder Angestellte der Gesellschaft sein. Als Revisionsstelle können auch juristische Personen, wie Treuhandgesellschaften und Revisionsverbände, bestellt werden.

Die Revisionsstelle wird jeweils für ein Jahr gewählt; Wiederwahl ist zulässig.

Art. 22

Pflichten

Die Revisionsstelle hat die ordnungsgemässe Führung der Geschäftsbücher zu überprüfen und der Generalversammlung über die Bilanz und die von der Verwaltung vorgelegte Rechnung schriftlich Bericht und Antrag zu erstatten.

Ohne die Vorlegung eines solchen Berichtes kann die Generalversammlung über die Jahresrechnung nicht Beschluss fassen.

Ansonsten richten sich die Rechte und Pflichten der Revisionsstelle nach den gesetzlichen Bestimmungen.

IV. Rechnungslegung und Verwendung des Bilanzgewinnes

Art. 23

Gesetzliche Grundlagen, Bilanzvorschriften

Für die Buchführung, die Erstellung der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung, die Reservenäufnung und Gewinnverwendung sind die gesetzlichen Vorschriften anwendbar.

Art. 24

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember des jeweiligen Kalenderjahres.

Art. 25

Verwendung des Bilanzgewinnes

Von dem nach Abzug aller Kosten, Zinsen, Verluste und sonstigen Lasten sowie nach Vornahme der erforderlichen Abschreibungen und Rückstellungen verbleibenden jährlichen Reingewinn ist zunächst ein Betrag von 5 % dem ordentlichen Reservefonds zuzuweisen, bis dieser die Höhe von 20 % des einbezahlten Aktienkapitals erreicht hat. Dieser Reservefonds ist gemäss Art. 671 Abs. 3 OR zu verwenden. Der verbleibende Gewinn steht unter Vorbehalt der gesetzlichen Bestimmungen über weitere Zuweisungen an den Reservefonds (Art. 671 Abs. 2 Ziff. 1-3 OR) und der Bestimmungen von Art. 677 OR, zur freien Verfügung der Generalversammlung. Die Generalversammlung kann neben dem gesetzlichen Reservefonds die Anlegung besonderer Reserven beschliessen, die zu ihrer freien Verfügung bleiben.

V. Auflösung / Liquidation

Art. 26

Auflösung

Die Auflösung der Gesellschaft erfolgt, wenn ein gesetzlicher Auflösungsgrund vorliegt sowie durch einen Beschluss der Generalversammlung mit Zweidrittel-Mehrheit des gesamten Aktienkapitals. Ueber den Beschluss ist eine öffentliche Urkunde zu errichten.

Art. 27

Liquidation

Sofern die Generalversammlung keinen anderen Beschluss fasst, erfolgt die Liquidation nach den Vorschriften von Art. 739 ff. OR durch die Verwaltung, mit Ausnahme im Fall des Konkurses. Die Liquidatoren sind insbesondere auch befugt, die Aktiven freihändig zu veräussern.

Art. 28

Liquidationsergebnis

Das Vermögen der Gesellschaft wird, nach Tilgung der Schulden, unter die Aktionäre nach Massgabe der einbezahlten Beträge und im Verhältnis der mit ihren Aktien verbundenen Rechte verteilt.

VI. Bekanntmachungen und Mitteilungen

Art. 29

Publikationsorgan

Einziges Publikationsorgan der Gesellschaft ist das "Schweizerische Handelsamtsblatt". Die Mitteilungen der Gesellschaft an die Aktionäre erfolgen ebenfalls im Schweizerischen Handelsamtsblatt.

Sind jedoch dem Verwaltungsrat die Adressen aller Aktionäre bekannt, so kann er seinen Mitteilungen mit eingeschriebenem Brief zustellen.

VII. Schlussbestimmungen

Art. 30

Die vorliegenden Statuten sind anlässlich der Generalversammlung vom 20. Juni 1994 festgesetzt worden.

Sie ersetzen die Gründungsstatuten vom 12. März 1987, welche dadurch als in allen Teilen aufgehoben gelten.

Interlaken, den 20. Juni 1994

Für den Verwaltungsrat:

Hans-Ueli Kallen,
Präsident

Markus Krebsler,
Vizepräsident